

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Birgit Stöver, Franziska Grunwaldt,
Dennis Gladiator, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

Betr.: Pendeln attraktiver machen und Innenstadt entlasten – P+R-Gebühren wieder abschaffen

Hamburgs Verkehrsinfrastruktur stößt immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. Von jeder Stunde Fahrzeit verbringen Autofahrer in Hamburg rund 19 Minuten im Stau. Hamburg ist dadurch zu einer Stauhauptstadt Deutschlands geworden.

Umso wichtiger ist es, gerade die Berufspendler aus den Randbereichen und Umlandgemeinden frühzeitig zum Umstieg auf die verschiedenen Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu bewegen. Dadurch werden Autobahnen und Straßen, insbesondere jene in der City, entlastet, Suchverkehre und Zweite-Reihe-Parken aufgrund überlasteter Park- und Stellplätze vermieden und die Umwelt geschont. Zentral hierfür ist die Bereitstellung einer angemessenen Kapazität an Park-and-ride(P+R)-Stellplätzen in den Wohngebieten außerhalb der Hamburger Innenstadt.

Wurden die vorhandenen P+R-Anlagen lange Zeit gut angenommen, ist dies seit dem Sommer 2014 nicht mehr der Fall. Mit Wirkung zum 28. Juli 2014 hat die damals alleinregierende SPD die Nutzung ausgewählter P+R-Anlagen kostenpflichtig gemacht. Nach und nach wurden seither weitere Standorte mit der Gebührenpflicht überzogen. Bis 2017 soll die Gebührenpflicht auch auf alle weiteren Anlagen in Hamburg ausgedehnt werden.

Die fatalen Folgen sind seither unübersehbar. Der Auslastungsgrad der gebührenpflichtigen P+R-Anlagen ist massiv gesunken, viele Stellplätze bleiben leer. Stattdessen weichen die bisherigen Nutzer der P+R-Anlagen entweder auf die angrenzenden Wohngebiete aus oder fahren gleich direkt in die Innenstadt. Die intendierte Entlastungswirkung der P+R-Anlagen verkehrt sich somit in ihr komplettes Gegenteil. Hinzu kommt, dass seit dem Sommer dieses Jahres mehrere Hundert P+R-Parkplätze bis auf weiteres wegfallen, weil an mehreren Standorten auf den entsprechenden Flächen Unterkünfte zur Flüchtlingsunterbringung errichtet wurden.

Unter diesen Rahmenbedingungen war es kaum verwunderlich, dass eine CDU-Anfrage aus dem Mai dieses Jahres (Drs. 21/516) ergab, dass die Gebührenpflicht mehr Kosten verursacht als Nutzen bringt. Bezeichnenderweise wurden von September bis Mitte Oktober dieses Jahres Monatstickets zu deutlich vergünstigten Konditionen angeboten. Was vom Senat als Maßnahme zur Kundengewinnung verkündet wurde, ist in Wahrheit ein Akt der Verzweiflung, zumal die dafür notwendige Umprogrammierung der Ticketautomaten und die Bewerbung der Sonderangebote mehrere Tausend Euro gekostet haben.

Fest steht: Die P+R-Gebührenpflicht des Senats ist gescheitert, ihre Einführung war ein schwerer politischer Fehler. Wie bereits mehrfach, unter anderem im Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, von der CDU gefordert, muss die Gebührenpflicht umgehend aufgehoben werden. Die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle können durch die Auflösung der kürzlich gegen den Widerstand der CDU geschaffenen Stelle der Radverkehrskordinatorin und des dazugehörigen Personalstabs sowie

aus noch nicht abgerufenen Mitteln des wirkungslosen Busbeschleunigungsprogramms ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die 2014 für bestimmte Park-and-ride-Anlagen eingeführte und danach sukzessive ausgeweitete Gebührenpflicht mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Zur Gegenfinanzierung werden die zum 1. Oktober 2015 geschaffene Stelle der Radverkehrskordinatorin inklusive der dazugehörigen Personalstellen aufgelöst und noch nicht abgerufene Mittel aus dem Busbeschleunigungsprogramm in entsprechender Höhe umgewidmet.
3. der Bürgerschaft darüber bis zum 31. Januar 2016 zu berichten.